Atomkraft*freie* Zukunft

1/2025 April

SMR – was ist das für ein Hype?

Österreich beteiligt sich an der Umweltverträglichkeitsprüfung für den ersten SMR in seiner Nähe: am Standort Temelín.

Unter SMR versteht man einen "Small Modular Reactor". Allerdings ist ein SMR weder "small" noch weist er eine "modulare" Bauweise auf. Tschechien plant, seinen ersten SMR am Standort Temelín zu errichten. Die UVP-Dokumente des aktuell führenden SMR-Designs sind bereits online.

Der Atomstrom-Konzern ČEZ setzt für sein umfangreiches SMR-Projekt auf die Zusammenarbeit mit dem britischen AKW-Errichter Rolls Royce. Am 29. 10. 2024 kam es bei einer Pressekonferenz im "Staatsaktformat" zur Unterzeichnung des Vertrages. Premierminister Fiala erläuterte feierlich, dass sich "ČEZ nun an Entwicklung und Produktion beteiligen möchte", und man sich auf dem Weg zur autarken Energieversorgung befinde.

Der Vertreter von Rolls-Royce SMR gratulierte dem Premierminister im Beisein des britischen Botschafters zur Zusammenarbeit. ČEZ-Generaldirektor Beneš gab seiner Freude Ausdruck, dass bereits in der ersten Hälfte der 2030er Jahre der erste SMR in Temelin in Betrieb gehen werde, 2050 sollen bereits 10 Anlagen in der Tschechischen Republik mit insgesamt 3 GW Leistung in Betrieb sein.

Was ist tatsächlich fix und was steht im Vertrag zwischen ČEZ und Rolls-Royce SMR?

Beneš erklärte, dass die Kosten für den SMR am Standort Temelín mit seinen 470 MW noch nicht fix seien, aber "nicht höher als die Kosten der großen Blöcke" zu liegen kämen. Währenddessen fabuliert Rolls-Royce von "low-cost nuclear power station". Bei Rolls-Royce SMR wird nun ČEZ 20%-prozentiger Aktionär mit allen Rechten, die sich daraus ergeben. Bis Ende des Jahres soll die Finanzierung des SMRs stehen, wie bei den großen Blöcken Dukovany und Temelín.

Stromerzeugungskapazitäten sind spekulativ, wie ein aktueller Bericht zeigt

Diese optimistische Planung der Energieversorgung kann nicht nur finanziell fatal werden: Laut Bericht des Netzbetreibers ČEPS wird die Tschechische Republik nach 2025 vom Stromexporteur



Illustration: Christine Beschaner für die Wiener Plattform Atomkraftfrei

zum Importeur werden. Die letzten tschechischen Kohlekraftwerke werden dann nämlich schon geschlossen sein – aus Kostengründen.

Der SMR ist für 2035 vorgesehen, wie auch die Fertigstellung der beiden Blöcke in Dukovany zu je 1 050 MW brutto im Jahre 2036 bzw. 2038. Die bestehenden Blöcke laufen gleichzeitig weiter auf die Dauer der Betriebsgenehmigung.

Kurz gesagt: Die Pläne für die tschechische Energieversorgung sind sehr vage, insbesondere was den Bau eines SMRs betrifft, dessen Design noch nicht einmal am Papier existiert und der angeblich "low-cost" sein soll. Wo dann allerdings – wenn das nicht klappt – der Strom herkommen wird, ist der aktuellen Regierung wohl gleichgültig.

Zur UVP (SMR am Standort Temelín, Scoping – hier werden die Themenkreise für das Hauptverfahren festgelegt) veröffentlichte GLOBAL 2000 eine UVP-Stellungnahme, die darauf hinweist, dass vieles an diesem Projekt unklar ist.

Offen ist, für welches Projekt diese UVP durchgeführt wird und welches von den 4 SMR-Designs gebaut werden soll. Ebenso unklar ist die Anzahl Lesen Sie weiter auf Seite 3

Zul.-Nr. GZ 02Z033054M; ZVR-Zahl 278820664. Eigentümerinnen, Herausgeberinnen, Verlegerinnen: Wiener Plattform Atomkraftfrei, Lessinggasse 13/6, 1020 Wien, Tel.: 01/8659939, E-Mail: atomkraftfreiezukunft@gmx.at. Websites: www.atomkraftfreiezukunft.at und www.donauregion-atomkraftfrei.at. Redaktion: Johanna Malfèr, Monika Söllinger, Paula Stegmüller, Johanna Nekowitsch. Layout: Johanna Nekowitsch, Maria Urban. Bankverbindung: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985Druck: Teleprint, Westbahnstraße 9, 1070 Wien; auf Umweltschutzpapier gedruckt.

Unsere Aktivist:innen stellen sich vor: Regine Freudl

Ich bin über eine Freundin zur Gruppe "Wiener Plattform Atomkraftfrei" gekommen. Sie hat mich auf die interessante Aufgabe aufmerksam gemacht und mich motiviert, die Aktivistinnen und ihre vielfältigen Tätig-

keiten kennenzulernen. Und so bin ich geblieben.

Warum ich dabei bin und gerne mitarbeite? Weil ich künftigen Generationen eine bewohnbare, lebenswerte Erde hinterlassen möchte.



Anwohner:innen verklagen die Schweiz

Das unmittelbar an der Grenze zu Deutschland am Rhein gelegene AKW Leibstadt soll nach dem Willen des Schweizer Umweltdepartements über eine Laufzeit von 40 Jahren hinaus in Betrieb bleiben. Internationales Recht (Espoo und Aarhus Konvention) aber fordert in

Fällen von AKW-Betriebszeiten über 40 Jahre hinaus eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung. Da die Schweiz bisher kein Verfahren nach Espoo eröffnet hat, wurde am 6. 2. 2025 von anwohnenden Bürger:innen auf bei-

den Seiten der Grenze eine Klage gegen das Schweizer Umwelt-Departement beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht.

https://umweltfairaendern.de/2025/0 2/06/uralt-akw-leibstadt-an-derdeutschen-grenze-anwohnerinnenverklagen-die-schweiz/

Keine Zukunft für die Atomkraft in Belgien

Belgische Politiker wollen die vorhandenen Reaktoren noch 20 Jahre laufen lassen, doch der französische Betreiber ENGIE hält nichts von dieser Idee. Belgiens AKWs sind alt, und häufig wird über Pannen berichtet. Erst nach zähen Verhandlungen 2023 und der Zusage der belgischen Regierung, dass an den AKWs in Zukunft je zur Hälfte ENGIE und der belgische Staat beteiligt werden und der Staat (die Steuerzahler!) das finanzielle Risiko auch für die Entsorgung des radioaktiven Abfalls voll übernimmt, konnte ENGIE dem Deal (zwei Reaktoren wenigstens

bis 2035 laufen zu lassen) zustimmen. Vincent Verbeke. Chef von ENGIE Belgium, hat weiteren Forderungen der Regierung nach Betriebszeitverlängerungen eine deutliche Absage erteilt. Auf einer Pressekonferenz erklärte er jüngst, dass Atomkraft "nicht mehr zu den strategischen Prioritäten" Unternehmens gehöre. seines Man habe genug damit zu tun, die Reaktoren Doel 4 und Tihange 3 technisch bis 2035 fit zu halten. Alle anderen Reaktoren zu modernisieren sei technisch kaum machbar und wirtschaftlich nicht sinnvoll. Die Zukunft der Stromerzeugung sieht das Unternehmen z. B. in geplanten großen Batterieparks und beim Ausbau der Solar- und Windkraft (Offshore-Windpark) mit gebündeltem Stromfluss anderer Windkraftwerke in Ländern an der Nordsee. Die Atomenergie sei eine sehr teure Technologie. Es sei deshalb günstiger, den Einsatz der Erneuerbaren Energien voranzutreiben.

https://www.stuttgarter-zeitung.de/ inhalt.atomenergie-keine-zukunft-fuer -die-atomkraft-in-belgien.19945 303c833-423d-b3cd-9b041ee672 c2.html



Energie klug nutzen:

Seit 1. Jänner 2025 gilt in Österreich das Einwegpfand-System für alle Einweg-Getränkeverpackungen aus Kunststoff oder Metall. Für unsere Umwelt bedeutet das: Weniger Pet-Flaschen und Alu-Dosen (deren Erzeugung sehr energieaufwendig ist) landen in der Natur und im Restmüll, denn die Motivation steigt, Dosen und Flaschen zurückzugeben, wenn es Geld dafür gibt. Wald und Wiesen bleiben sauber, Erdreich, Flüsse und Grundwasser werden geschont. Gleichzeitig erhöht sich auch die Recyclingquote, was wiederum Ressourcen und CO2 einspart.

Das Österreichische Pfandsystem ist zentral organisiert durch die EWP Recycling Pfand Österreich GmbH.

In der Abfallhierarchie sind "Vermeidung" und "Wiederverwendung" allerdings immer dem Recycling vorzuziehen!

Illustration: Ulrike Sellinger-Fleischmann für die Wiener Plattform Atomkraftfrei

Fukushima: Nicht vergessen, nicht vorbei!

Zum 14. Jahrestag des Super-GAUs in Fukushima gedachte die Wiener Plattform Atomkraftfrei unter dem Motto "Nicht vergessen, nicht vorbei!" gemeinsam mit acht anderen österreichischen Antiatom-NGOs vor der japanischen Botschaft in Wien der zahlreichen Opfer dieser Katastrophe, die sich am 11. März 2011 in Japan ereignete.

In drei Reaktoren des AKWs Fukushima Daiichi kam es durch ein Seebeben und den nachfolgenden Tsunami zur Kernschmelze und in der Folge zum Super-GAU. Die katastrophalen Auswirkungen dieses schweren Unfalls auf das Leben der Menschen durch die Verseuchung von Boden, Luft und Meer sind bis heute nicht ausgestanden.

Trotzdem hält Japan an seiner Atompolitik fest: In der "Green Transformation Policy" hat die japanische Regierung 2023 sowohl Neubauten als auch längere Laufzeiten für AKWs beschlossen. Dieser Beschluss ist nicht nach-

FUKUSNIMA
STRAHLTIMME

FUKUSNIMA

STRAHLTIMME

STRAHLTIME

Foto: WPA

vollziehbar, er erhöht das Risiko weiterer Unfälle in diesem erdbebengefährdeten Gebiet.

In einem gemeinsamen Brief an den Botschafter appellieren die Wiener Plattform Atomkraftfrei und andere Antiatom-Gruppen an die japanische Regierung, alle bestehenden Atomkraftwerke so rasch wie möglich stillzulegen und Japans Energieversorgung auf eine für Mensch und Umwelt verträglichere Art umzustellen.

Fortsetzung von Seite 1

der geplanten Reaktoren (einer oder zwei).

Bekannt ist nur der Bauplatz und dass es ein Leicht- oder Schwerwasserreaktor sein wird.

Bemerkenswert ist auch Folgendes: Die Definition der internationalen Atomenergieagentur IAEA von SMR gilt für einen Reaktor mit einer Leistung von höchstens 300 MW. Dies würde bei den vorgesehenen 470 MW weit überschritten.

Das Staatliche Energiekonzept, eine Begründung dieses Neubaus, ist noch nicht fertiggestellt und keiner Strategischen Umweltprüfung (SUP) unterzogen worden.

Die Kohlekraftwerke (Ausstieg etwa 2030) durch Atomenergie zu erset-

zen, ist angesichts der Planungsund Errichtungszeiten von 15-20 Jahren für AKWs vollkommen illusorisch, Alternativszenarien fehlen gänzlich!

GLOBAL 2000, ebenso wie seine tschechischen Partnerorganisationen, fordert das Umweltministerium in Prag auf, dieses UVP-Verfahren für bisher nicht existierende Reaktortypen einzustellen.

SMR – Technologie der Zukunft?

Auch wenn sich einzelne Länder – darunter Frankreich, Polen, die USA, China und Japan – für einen weiteren Ausbau der Atomkraft einsetzen, stagniert die weltweite Stromproduktion aus AKWs (nur 9% des globalen Stroms werden derzeit in AKWs produziert! 1996 war es noch doppelt so viel). Hinter der Euphorie einiger Staaten und Unternehmen steckt der Glaube an die Wirksamkeit der neuen, als Technologie der Zukunft angepriesenen SMRs (Small Modular Reactors). Es

sind vor allem die großen IT-Konzerne, die Interesse an der neuen Technologie haben. Um "Künstliche Intelligenz" einzusetzen, brauchen die großen Rechenzentren, z. B. der USA, gigantische Mengen an Strom.

Google will die SMRs eines USamerikanischen Unternehmens kaufen. Amazon investiert hunderte Millionen Dollar in mehrere US-Projekte, die den Ausbau von SMRs vorantreiben. Microsoft will das stillgelegte AKW Three Mile Island für sein Rechenzentrum wieder hochfahren. Ein Bericht des Institute for Energy Economics and Financial Analysis von 2024 stuft SMR aber immer noch als zu teuer, zu langsam und zu risikoreich ein. Für die Energiewende werden sie in den nächsten zehn Jahren noch kaum eine Rolle spielen – im Gegensatz zu Wind- und Solarenergie, die heute schon zur Verfügung stehen.

Der Standard, 24. 1. 2025

Was sind "grüne Kraftwerke" oder Verbundkraftwerke?

"Grüne Kraftwerke" müssen planmäßig Strom liefern, wenn er gebraucht wird, das Stromnetz stabilisieren und auf Schwankungen reagieren können. So ein Erneuerbaren-Kraftwerk kann nicht ein Windpark oder ein Solarkraftwerk allein sein, es muss vielmehr ein "Verbundkraftwerk" sein.

Es besteht typischerweise aus einer Reihe von Windkraftanlagen und Solarparks, die über ein sogenanntes Einsammelnetz miteinander verbunden sind, und aus Anlagen zur Gewinnung von Wärme oder Wasserstoff. Wenn es eine hohe Nachfrage gibt und der Strompreis hoch ist, kann ein Verbundkraftwerk den Strom ins Netz einspeisen. Wenn es hingegen sehr viel Wind- und Solarenergie gibt und der Strompreis sinkt, kann es daraus entweder grüne Wärme oder grünen Wasserstoff erzeugen, den man speichern und in

Pipelines transportieren kann. Windund Solarstrom sind viel günstiger als Atomstrom. Um ein AKW so sicher wie möglich zu machen, wird es extrem teuer. Schon vom Produktionsprofil her passt die Atomenergie nicht gut in ein künftiges grünes Energiesystem.

Gunar Hering, Vorstandsvorsitzender von Enertrag; Der Standard 7. 2. 2025

Jahresreport 2024

Unsere Kampagnen

- "Radioaktiv verstrahlte Lebensmittel: NEIN DANKE!"
- "Keine neuen Reaktoren und keine Laufzeitverlängerungen an Österreichs Grenzen!"
- "Nein zur Atomlüge! Atomkraft ist kein Klimaretter!"

Unsere Protestkundgebungen

- 11. 3. Fukushimatag "Auszug aus dem langen Sündenregister der IAEA" Kundgebung vor dem Gebäude der IAEA in Wien
- 25. 4. Kundgebung zum Tschernobyltag: "65 Jahre Knebelvertrag zwischen WHO und IAEA" vor dem Gesundheitsministerium
- 16. 5. Infotisch vor der Universität, 1010 Wien: "Atomkraft ist kein Klimaretter"
- 6. 8. Hiroshima-Gedenktag; Infotisch am Stephansplatz
- 21. 9. Teilnahme an der Demonstration für Frieden und Neutralität
- 26. 10. Nationalfeiertag: "Atomkraft ist kein Klimaretter!" Kundgebung am Michaelerplatz
- 8. 11. Infotisch vor der Universität, 1010 Wien: "Atomkraft ist kein Klimaretter"

Unsere Projekte

- "Donauraum Atomkraftfrei": Zusammenschluss von NGOs aus Donaustaaten
- Schulprojekt "Basiswissen Atomkraft", inkl. Radioaktivitäts-Messkoffer

Unsere Spendenaktionen

- "Leben mit Diabetes" für Kinder und Jugendliche in Minsk € 1.000.-
- "Tschernobylkinder": Finanzierung einer Tumortherapie für Sergii Babak € 1.000.-

Internationale Vernetzung

mit NGOs europaweit

Vernetzung mit unterstützenden Gruppen

österreichweit

Unterschriftensammlung

bei den Infotischen und im privaten Umfeld

Herausgabe der Zeitung

"Atomkraftfreie Zukunft" (2024 dreimal)

Gewinnung von UnterstützerInnen

für unsere Kampagnen

Gespräche mit PolitikerInnen und deren Beamtinnen

- 15. 2. Gesprächstermin bei Mag. Manfred Ditto, Abt. für Strahlenschutz im Gesundheitsministerium
- 18. 3. Gesprächstermin bei Antonia Reininger im Umweltministerium
- 30. 9. Gesprächstermin bei Mag. Manfred Ditto, Dipl.-Ing.in, MRin Christina Raith, beide Abt. für Strahlenschutz, Mag. Thomas Augustin und Dipl.-Ing.in, MRin Eva Gratzer-Heilingsetzer, beide Nuklearkoordination, im Umweltministerium

Konferenzen und Tagungen

- Teilnahme an der Konferenz der Wiener Umweltanwaltschaft "13 Jahre Fukushima" im Ökologieinstitut
- 6. Teilnahme am Symposium "Gestalten von Technologien in komplexen Systemen" – 30 Jahre Risikoforschung am Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften
- 9. Teilnahme an der Präsentation des WNISRs im Presseclub Concordia (Nikolaus Müllner, BOKU, u.a.)
- 20. 9. Teilnahme am 15. Wiener
 Nuklearsymposium "Strahlendes Europa?",
 veranstaltet v. der Wiener Umweltanwaltschaft
 und dem Institut für Sicherheits- und
 Risikowissenschaften der Universität für
 Bodenkultur



Hilfe gegen die Folgeschäden der Chemotherapie

Liebe Unterstützer:innen unserer Spendenprojekte: Bereits in den Ausgaben 4/23 und 1/24 haben wir für Sergii Babak um finanzielle Unterstützung gebeten. Vor ca. einem Jahr hat er nun die sehr teure Tumortherapie erhalten.

Die gute Nachricht ist, dass Sergii sich dank Ihrer Hilfe derzeit in Remission (keine Krankheitssymptome mehr) befindet, und wir alle hoffen, dass dies auch weiterhin so bleibt.

Leider gibt es auch eine schlechte Nachricht: Die zahlreichen schweren Chemotherapien haben dazu geführt, dass Sergii nun erhebliche Zahnschäden hat und eine vollständige Zahnbehandlung benötigt. Diese kann jedoch unter Standardbedingungen nicht durchgeführt werden – aufgrund der Schädigung seines Nervensystems muss sie unter Vollnarkose erfolgen. Die Kosten für diese Behandlung sind leider sehr hoch und für die einkommensschwache Familie des Buben kaum zu tragen.

Deshalb bittet die Familie, ebenso wie die Ärzte des Krankenhauses Nr. 16 von Kharkiv, erneut um Ihre Unterstützung für den Patienten.

Das Leben geht weiter – oder beginnt es erst? Sergii hat einen Traum: Er möchte Arzt werden...

Unterstützen wir den tapferen Buben auf dem Weg zu seinem Ziel, und ermöglichen wir ihm eine Zahnsanierung, die für seine Familie unerschwinglich ist.

Spendenkonto: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985, Kennwort "Tschernobylkinder"

Nie wieder Tschernobyl – nicht vergessen, nicht vorbei! Kommt alle zu unserer DEMO zum Tschernobyltag!

Freitag, 25. April 2025, 12 bis 14 Uhr

Treffpunkt: Stock-im-Eisen-Platz (beim Stephansplatz), 1010 Wien, wir gehen über den Graben bis zum Kohlmarkt und zurück, Schlusskundgebung am Stock-im-Eisen-Platz

Wir gedenken der Opfer dieser Katastrophe, deren Folgen auch 39 Jahre danach immer noch zu spüren sind! Fordern wir gemeinsam den längst überfälligen Atomausstieg!

WIDERSTAND und ZIVILCOURAGE müssen verstärkt in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden! Zeigen wir – Du und Du und Du –, dass wir nicht nur reden. Aktiv werden und uns gemeinsam engagieren, ist die Devise! So machen wir uns bei Passanten, bei Medien, Politikerinnen und Politikern bemerkbar!

Wir brauchen Dich! Die Welt braucht Dich! Sei Du auch dabei!

Besuchen Sie unsere Websites:

<u>www.atomkraftfreiezukunft.at</u> und <u>www.donauregion-atomkraftfrei.at</u> Lesen Sie dort auch die Langversion einiger unserer Texte. Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, schreiben Sie uns: atomkraftfreiezukunft@gmx.at

Wir suchen Aktivist:innen!

Schon mit zwei Stunden pro Monat wäre uns sehr geholfen! Zum Beispiel beim Zeitungsversand, bei Kundgebungen, beim Infotisch, ...! Du tust es für Dich! Wir tun es für uns alle! Nur "dagegen sein" ändert leider nichts.

Handeln ist gefragt!

Geschätzte Leserin, lieber Leser,

Sie bekommen unsere Zeitung viermal kostenlos zugeschickt. Wir hoffen, dass Sie diese weiter erhalten wollen, darum ersuchen wir Sie, uns für das laufende Jahr € 20.- (vier Ausgaben) zu überweisen! BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985.

Ihr Redaktionsteam

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungsausgabe werden von der Wiener Umweltanwaltschaft unterstützt.

Kurz und wichtig

Töpfe und Essbesteck aus AKW-Resten?

In Frankreich hob ein Ministererlass 2022 das bis dahin geltende Verbot der Rückgewinnung von schwach bis sehr schwach radioaktiven Abfällen auf. In einer im Bau befindlichen Recyclingfabrik, die in unmittelbarer Nähe des früheren AKWs Fessenheim vom französischen Energiekonzern EDF vorangetrieben wird, sollen aus Metallen, die beim Abbau von AKWs anfallen, Gebrauchsgegenstände wie Essbesteck, Kochtöpfe oder Türgriffe erzeugt werden. Bange Frage: "Wollen wir wirklich, dass sich eines Tages dieses radioaktive Eisen in den Federn unserer Matratze, in Töpfen oder in Metallteilen von Kinderwagen befindet?" *Kurier 21. 10. 2024*

Berlins radioaktive U-Bahn-Station

Die Fliesen in der Berliner U-Bahn-Station Rosenthaler Platz (gebaut 1930) verdanken ihre kräftige orange Farbe einer Uranglasur. Dadurch sind sie allerdings nicht nur schön, sondern auch radioaktiv. Die Strahlung beträgt bis zu 1.5 μSv/h und damit ungefähr das Zehnfache der natürlichen Hintergrundstrahlung. An der Oberfläche der Kacheln ist die Strahlung sogar noch deutlich höher!

https://checkpoint.tagesspiegel.de/encore/4eBnlGh4 wMK1VcgNXovL1Q

Energiewende ohne Atomstrom gefordert

Umweltorganisationen aus ganz Europa, auch aus Österreich, fordern die EU-Kommission auf, eine Energiewende ohne Atomenergie zu ermöglichen. "Was Europa braucht, ist mehr Unterstützung und Finanzierung für Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung, um den Anforderungen des Pariser Abkommens gerecht zu werden", heißt es in dem Schreiben.

Der Standard, 8./9, 2, 2025

Die gute Nachricht:

Keine Renaissance der Atomkraft

Laut IAEA gingen 2024 weltweit sechs AKWs in Betrieb und vier wurden stillgelegt. Das Plus an Atomstrom beträgt 4 GW, während es bei den Erneuerbaren ein Plus von 570 GW (Solar) und 150 GW (Wind) gab. Solar und Wind boomen, sie liefern den Strom viel preiswerter und erzeugen keinen für über 1 Million Jahre tödlich strahlenden Atommüll. Während nur 9 % des weltweit verbrauchten Stroms aus Atomkraftwerken kommen, decken alle Erneuerbaren Energien global zusammen schon 35 % des Stromverbrauchs!

FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V., 19.2.2025

Thema aktuell



Hanna Nekowitsch Sprecherin der "Wiener Plattform Atomkraftfrei"

Eine Frage der Logik

Redaktion: Heuer vor 80 Jahren wurde der erste Atomtest gemacht, wenige Wochen später wurden zwei Atombomben über Japan abgeworfen. Warum ist das auch ein Thema für die Antiatom-Bewegung?

Hanna: Atomkraftwerke und Atomwaffen sind untrennbar miteinander verbunden. Man kann es nicht oft genug sagen: Das eine gäbe es ohne das andere nicht.

Red.: Warum wird über diesen Zusammenhang öffentlich kaum gesprochen?

H.: Eine Atombombe und ihre Auswirkungen haben etwas so Unvorstellbares und Ungeheuerliches, dass es kein Wunder ist, wenn dieser Wahnsinn von den meisten Menschen verdrängt wird. Der Politik dürfte es sehr recht sein, wenn die Bürger:innen sich nicht damit befassen, sonst gäbe es womöglich Proteste... Aber können wir es uns wirklich leisten, die innewohnende Gefahr der Atomkraft und der Atombombe auszublenden?

Red.: Ist es in Zeiten geopolitischer Spannungen nicht wichtig, dass Staaten sich verteidigen können?

H.: Einerseits ja, andererseits funktioniert Abschreckung aber nicht, und Waffen bringen keinen Frieden! Die Menschheit muss lernen, ihre Konflikte friedlich zu lösen, wenn sie überleben will. Derzeit haben neun Staaten Atomsprengköpfe in einem Ausmaß, dass sie den Planeten mehrfach vernichten könnten. Wer garantiert uns denn, dass nicht durch einen Fehlalarm oder durch einen Verrückten – egal auf welcher Seite – ein Inferno ausgelöst wird? Das kann niemand garantieren! Wenn wir uns dieser Gefahr nicht weiter aussetzen wollen, müssen wir uns logischerweise für die atomare Abrüstung einsetzen.

Red.: Wie sieht es mit den Atomkraftwerken aus? Der Stromverbrauch steigt.

H.: Die Behauptung, dass der Strombedarf nur durch Atomkraft zu decken ist, ist ein Märchen. Erneuerbare Energien liefern günstiger und schneller Strom. Selbst die Betreiber in Deutschland lehnen eine Wiederinbetriebnahme der AKWs ab. Trotzdem träumen manche Politiker:innen von einer Renaissance der Atomkraft.

Red.: Warum ist das so?

H.: Ein Mangel an Wissen und Information? Aber wir wollen ihnen nicht Inkompetenz unterstellen. Ein anderer Grund wäre eben dieser Zusammenhang mit der militärischen Verwendung der Atomkraft. Man redet den Menschen ein, es gehe um ihren Strom, in Wahrheit ist das Ziel, Macht durch die Bombe zu erlangen. Dazu hat Professor Volker Quaschning (Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin) ein sehenswertes Video gemacht (www.youtube.com/watch?v=0vR88n6LT_Q). Die rasche Abschaltung der AKWs und die Abschaffung aller Atomwaffen sind daher einfach nur eine Frage der Logik.